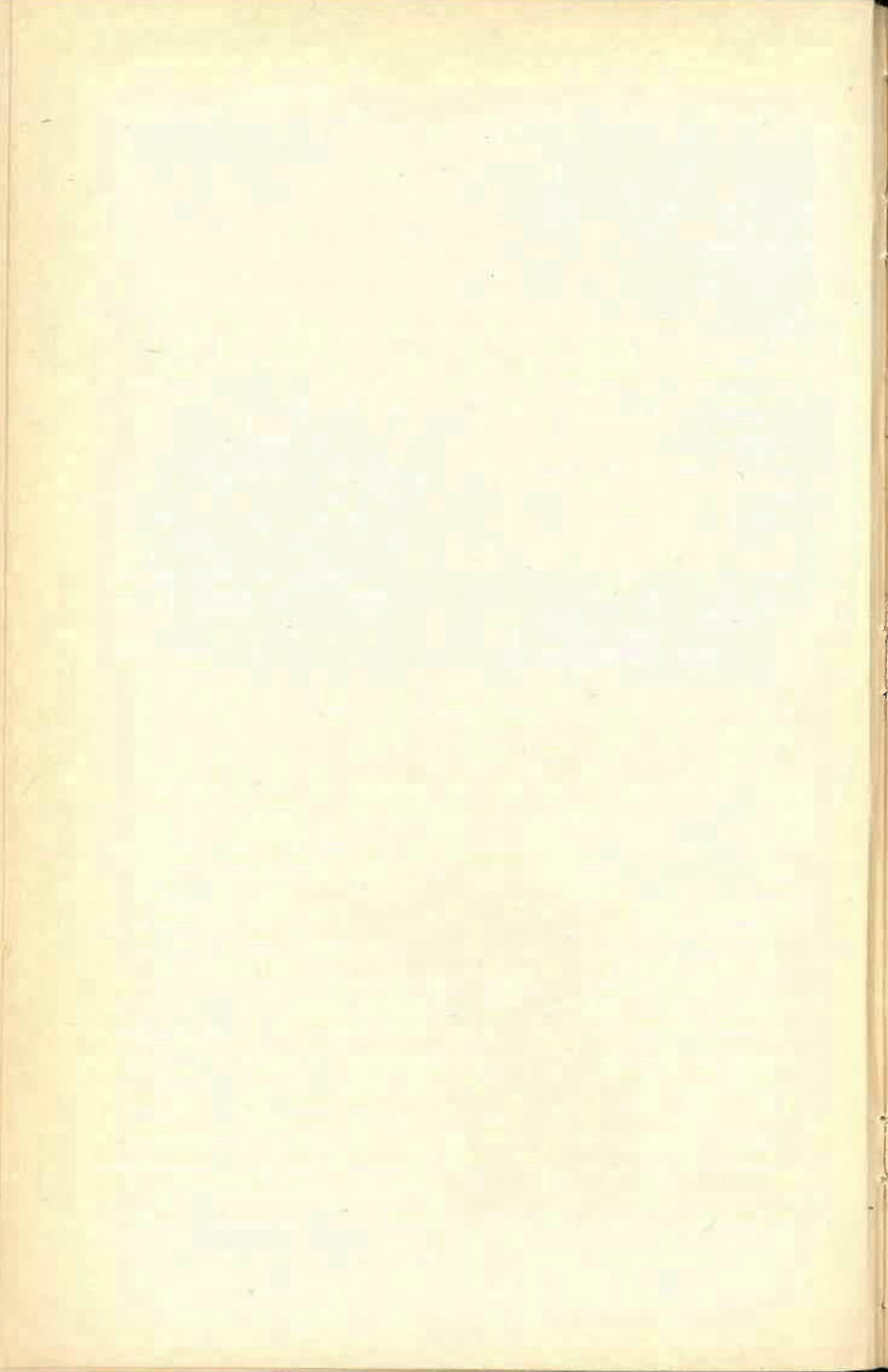


Der Weltkrieg
40

Der Krieg und die Polen
Julius Bachem (Cöln)

15 Pf.

Secretariat Sozialer Studentenarbeit



Die Erörterung der polnischen Frage hat in den ersten Stadien des Weltkrieges nahezu vollständig geruht. Gemeint ist hier zunächst die polnische Frage im engeren Sinne: der Konflikt des preussischen Staates bzw. der preussischen Regierung mit der polnischen Bevölkerung des Staates Preußen. Der Verzicht auf die Erörterung dieser Frage gehörte auch zum „Burgfrieden“. Unter Beiseitlassung grundsätzlicher Auseinandersetzungen hat man sich auf dem Boden der Tatsachen vertragen und Steine des Anstoßes beiderseits möglichst aus dem Wege zu räumen gesucht. Insbesondere sind schwierige kirchliche Fragen glatt und günstig erledigt worden; so ist die zweimalige Wiederbesetzung des Posen-Gnesener Erzsuhles erfolgt, ohne daß irgendeine beachtliche Äußerung der Unzufriedenheit von der einen oder der andern Seite laut geworden wäre.

Durch den Weltkrieg ist die polnische Frage in ihrer Gesamtheit in einer Weise in den Vordergrund geschoben worden, wie man es kaum ahnen konnte, weit mehr als vor hundert Jahren, wo Napoleon im Kampfe gegen Rußland mit Versprechungen gegenüber den Polen nicht kargte. Die französischen Versprechungen und die polnischen Hoffnungen wurden damals in den eisigen Wellen der Beresina begraben. Polnisches Land und polnische Leute sind nun im gegenwärtigen Weltkriege in ganz hervorragendem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Auf polnischer Erde, in Galizien und in Rußisch-Polen erstrecken sich die größten Schlachtfelder; überall wo der Russe seinen Fuß hingesezt hat, besonders in Galizien, herrscht der Greuel der Verwüstung. Deutsche und österreichische Polen kämpfen gegen ihre russischen Landsleute. Für die Sache der Zweitaikermächte kämpfen die Polen mit Begeisterung, notgedrungen für die des Vierverbandes. Von den Mächten, welche eine starke polnische Bevölkerung besitzen, hat S t e r r e i c h es am besten verstanden, die Polen zu gewinnen. Das Kronland Galizien nimmt eine einflußreiche Stellung im Gesamtorganismus der vielgestaltigen habsburgischen Monarchie ein; im Reichsrat ist die polnische Fraktion häufig ausschlaggebend. In P r e u ß e n stand die polnische Bevölkerung seit Jahrzehnten in scharfer Opposition gegen die Regierung. Sie hatte

manche Beschwerde zu erheben. Rußland hat seine Polen meist schlecht, sehr schlecht behandelt. Die polnische Bevölkerung mußte dort Perioden ärgster Bedrückung, besonders auf religiösem Gebiet, durchmachen.

Je schwieriger sich jetzt die militärische Lage Rußlands gestaltete, um so eifriger zeigte sich die russische Regierung bemüht, die Sympathien der polnischen Bevölkerung zu gewinnen. Es wurde sogar eine besondere Kommission eingesetzt, welche die von den Polen beklagten Mißstände beseitigen und Vorschläge zu einer dieselben befriedigenden Neuordnung machen sollte. Der Posener „Dziennik Poznański“ meinte angesichts von Mitteilungen über die Arbeiten dieser Kommission: „Es drängt sich nur die Befürchtung auf, daß die polnisch-russische Kommission nicht weiß, für wen sie arbeiten soll, da sich inzwischen das ganze Königreich Polen in deutsch-österreichischen Händen befinden kann. Etwas spät haben sich die Russen entschlossen, den ersten Schritt zu tun.“ Das war geschrieben, ehe Rußisch-Polen mit Warschau von den deutsch-österreichischen Truppen vollständig erobert worden war.

Zeitweise spielte die polnische Frage in der russischen Duma die Hauptrolle. Ministerpräsident Goremykin erklärte am 2. August 1915 feierlich: „Das polnische Volk, das ritterlich, edel, treu und tapfer ist, verdient unbegrenzte Hochachtung. Heute hat mich der Kaiser beauftragt, Ihnen zu erklären, daß er dem Ministerrat befohlen hat, Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die den Polen nach dem Krieg das Recht gewähren, frei zu sein und ihr nationales, soziales und wirtschaftliches Leben auf der Grundlage der Autonomie unter dem Zeppter des Kaisers von Rußland auszugestalten.“ Auch die preussische Regierung stellte eine Neuorientierung der Polenpolitik wiederholt in bestimmter Weise in Aussicht, ohne jedoch schon jetzt ein bezügliches Programm zu entwerfen, wie sie das ja auch auf andern Gebieten, auf denen nach dem Kriege ein Neues werden soll, nicht getan hat. Die Polen Österreichs und Preußens tun inzwischen in diesem Kriege in vollem Maße ihre Schuldigkeit, die galizischen Polen sogar ein mehreres, als die Pflicht gebietet. Sie haben unter Zustimmung der obersten Heeresleitung eine besondere polnische Legion, teilweise auch aus Rußisch-Polen, gebildet, sechs Regimenter, welche sich durch große Tapferkeit auszeichnen. Ohne Zweifel ist daselbe bei den polnischen Soldaten der Fall, welche in den deutschen Heeren kämpfen. Es tritt hier nicht besonders in die Erscheinung, weil es in Preußen Regimenter mit ausschließlich oder vorzugsweise polnischen Mannschaften nicht gibt, die pol-

nischen Rekruten vielmehr auf die Truppen der verschiedenen Landes-
teile verteilt werden. Tapferkeit ist aber den Polen niemals be-
stritten worden; sie hat sich im Laufe ihrer wechselvollen Geschichte
auf hundert Schlachtfeldern glänzend bewährt.

Der Konflikt zwischen der Staatsgewalt und der polnischen Be-
völkerung in Preußen hat, wie gesagt, während des Krieges geruht;
ausgetragen ist er nicht. In diesem Konflikt gaben vor dem Kriege
mehr und mehr die radikalen, nurnationalen Elemente des Polen-
tums den Ton an. Das war begreiflich, aber darum nicht weniger
bedauerlich, auch im Interesse einer Austräumung der Beschwerden
der Polen. Die maßvolle Richtung trat mehr und mehr zurück bzw.
immer weniger in die Erscheinung; sie schien die Geltendmachung
ihrer Anschauungen als nutzlos und hoffnungslos aufgegeben zu
haben. So legte der hochverdiente Mäßigkeitsapostel Oberschlesiens,
Pfarrer K a p i z a, sein Reichstagsmandat nieder.

Unter der Einwirkung des Krieges ist hier eine W a n d l u n g
eingetreten, welche man, falls sie von Dauer ist und sich durchzusetzen
vermag, nur freudig begrüßen könnte. Es liegen in dieser Beziehung
Tatsachen vor, welche volle Beachtung verdienen. Den Ton hat
hier ein viel bemerkter programmatischer Artikel des frühern Reichs-
tagsabgeordneten M a p i e r a l s k i angegeben, welcher im Beuthener
„Katolik“ und in zahlreichen zum Konzern des „Katolik“ gehörigen ober-
schlesischen Blättern erschienen ist. Dieser Artikel war gegen eine Aus-
lassung des Posener „Kurjer Pożnanski“ gerichtet, des Hauptorgans
der radikalen polnischen Nationaldemokratie. Der „Kurjer“ hatte be-
züglich der Orientierung der Polen gegenüber dem Deutschen Reich
bemerkt: „Wir erfüllen unsere Pflicht gegenüber dem Staate. Die
Regierung hätte uns Konzessionen machen können, sie hat es aber
nicht getan. Allgemein ist eine Neuorientierung angekündigt. Wir
müssen abwarten, wie sich die Dinge nach dem Kriege gestalten.
Die Zukunft hängt davon ab, ob, wie und wann die Regierung ihre
Versprechungen in die Tat umsetzt.“

Von diesem Pessimismus, von diesem Abwarten in Untätigkeit
will M a p i e r a l s k i nichts wissen; es erscheint ihm als etwas
Unnatürliches und Beispielloses in der Geschichte der Völker. Die
Polen müßten trotz schwieriger Verhältnisse alle Kräfte anspannen,
um die Gestaltung ihrer Zukunft so positiv zu beeinflussen, wie es
die Umstände erlauben. Mapieralski erklärt: Die Polen in Schlesien
schenkten den Worten der Minister und der Vertreter des deutschen
Volkes volles Vertrauen. Angesichts dieser Hoffnung glaubten sie,
daß „wir Polen neben der allgemeinen allen Bürgern des Staates

gemeinsamen Pflicht auch einen besondern Grund haben — und zwar mit Rücksicht auf unsere eigne Sache — klar und rückhaltlos den Centralmächten den Sieg zu wünschen und dem in schwerem Ringen befindlichen Staate diejenige Geneigtheit und Opferfreudigkeit zu zeigen, die man von den um die Zukunft des Landes besorgten Bürgern erwartet.“ Aber noch mehr. Deutschland habe in diesem Kriege so viel Kraft und Tüchtigkeit bewiesen, daß im Fall des Sieges seine Stimme das meiste Gewicht haben werde auch in der Frage Polens außerhalb der Reichsgrenzen. „Wenn wir für ein gutes Verhältnis der Polen im Reich zur Regierung und zum deutschen Volke sorgen, dann tragen wir viel dazu bei, daß auch diese Frage in einem für die Polen günstigen Sinne gelöst wird.“ Also empfiehlt dann Napieralski positive Arbeit für eine bessere Zukunft, anstatt sich mehr und mehr einem dumpfen Pessimismus hinzugeben.

In derselben Richtung wie die angeführten Napieralskischen Ausführungen bewegt sich ein Artikel des Herrn v. Zychlinski in der „Germania“, der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als beachtenswert im Auszug wiedergegeben wurde. Herr von Zychlinski unterscheidet zwischen einer preussisch-polnischen Frage und einer „andern polnischen Frage“, die der Weltkrieg gebracht habe. Die Vorbedingung, um eine deutsch-polnische bzw. preussisch-polnische Verständigung zu ermöglichen, sei seitens der Polen die aufrichtigste und ehrlichste Loyalität dem König von Preußen und dem preussischen Staat gegenüber. Das deutsch-polnische Verhältnis bedürfe einer gründlichen Revision, vieles müsse anders werden, und das Verhältnis auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut sein. Der Deutsche Kaiser werde sicherlich nach Vertreibung der Russen aus Kongresspolen das Richtige für die Polen finden. „Die Kluft zwischen den Centralmächten und Rußland ist durch den Weltkrieg unüberbrückbar geworden. Nur durch die deutsch-polnische Verständigung kann in Zukunft erfolgreich und für alle Zeiten die russische Flut aufgehalten werden.“

Auf Herrn Napieralski und Herrn v. Zychlinski ist mit einem Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ Fürst Drucki-Lubecki gefolgt und in einer größern Broschüre der (inzwischen in die Zivilverwaltung Russisch-Polens berufene) Graf Kwilecki auf Schloß Dobojewo. Letzterer betont insbesondere, daß die Polen von den Russen durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt sind, dagegen durch ihr ganzes Wesen, ihre Geschichte, Kultur und Überlieferung mit dem Abendlande zusammenhängen und insbesondere von den

Deutschen nur durch unschwer abzustellende, rein politische Mißstimmungen bisher getrennt waren. „Nicht griesgrämig“, so schließt der Verfasser den das Verhältnis der Polen zu den Deutschen besprechenden Teil seiner Broschüre, „sollten Polen und Deutsche auf die gewesenen Mißhelligkeiten zurückschauen, sondern frisch zugreifen und eine neue, bessere gemeinschaftliche Zukunft begründen.“

In einem ähnlichen Gedankengange bewegt sich ein Brief, den Herr v. Jackowski (Wrencyn, Provinz Posen) an das polnische Blatt „Goniec Wielkopolski“ gerichtet hat. Auch er hebt hervor, daß die preussischen Polen mit den Deutschen, abgesehen von der gemeinschaftlichen Staatsangehörigkeit, die gemeinschaftliche Zugehörigkeit zur abendländischen Zivilisation und die Gemeinschaftlichkeit der kulturellen und ökonomischen Interessen vereinigen. Jeder Pole, so führt Herr von Jackowski aus, hoffe in der Tiefe seines Herzens, daß aus diesem größten aller Kriege, aus diesem Kampf, welcher auf polnischem Boden wüte und den Namen sowie die Ausdehnung Polens in die Erinnerung aller zurückrufe, eine für die Polen günstige Zukunft ersehen werde. Aber eine solche sei ohne eine Verständigung mit Preußen unmöglich. Glücklicherweise sei heute die Verständigung leichter, als sie es früher war.

In sehr beachtlicher Weise spricht sich im „Tag“ Dr. Joh. Graf Szoldbrski (Pfarzlin, Pr. Posen) aus. Er schildert die Gewalt Herrschaft Rußlands gegenüber den polnischen Landesteilen und versäumt auch nicht, darauf hinzuweisen, daß die Art und Weise, wie in Lemberg und Ostgalizien während der vorübergehenden Besetzung durch die russischen Truppen die Schismatisierung und Russifizierung in Szene gesetzt wurde, einen kleinen Begriff der wahren Absichten Rußlands gebe. Bezüglich der Polenpolitik in Preußen bemerkt er: Der Radikalismus der Polen, der eine zwingende Folgeerscheinung der antipolnischen Politik, nicht aber eine Eigenschaft des polnischen Volkes sei (es gebe selten ein Volk, das von Natur konservativer gestimmt war als die Polen), werde mit dem Augenblick den Grund verlieren und in sich zusammenfallen, als eine polnische gemäßigte Politik greifbare Errungenschaften zeitigen werde. Auch Graf Szoldbrski vertraut den Erklärungen der Regierung. Es wäre töricht und unpolitisch, die dargebotene Hand nicht zu ergreifen. Eine gemeinsame Arbeit auf Grund gegenseitigen Vertrauens sei möglich und werde auch von Erfolg gekrönt sein.

Auslassungen, wie die vorstehend zusammengestellten, erzeugen unter den Polen die richtige Stimmung, aus der heraus nach Be-

endigung des Weltkrieges an der Lösung der polnischen Frage, soweit das Deutsche Reich daran beteiligt ist, herangegangen werden kann. Diese vorbereitende Arbeit ist von der größten Bedeutung.

Nicht zu verwundern ist bei der Eigenart des polnischen Volkes, daß unter den Polen auch Stimmen laut werden, welche für die Realität der Dinge keinerlei Verständnis zeigen und Zukunftspolitik ohne feste Unterlage treiben. Es hat unter den Polen stets Reiter auf dem Regenbogen gegeben. Für den Mangel an Wirklichkeits Sinn in manchen polnischen Kreisen ist nichts bezeichnender, als daß man alsbald nach der Eroberung Warschaws polnischerseits daran ging, Ruffisch-Polen unabhängig von den beiden Zentralmächten, welche dieses Gebiet eben mit Waffengewalt den Russen entrissen hatten, polnisch-autonom zu organisieren, so daß die „Deutsche Warschauer Zeitung“ am 14. September 1915 folgende Bekanntmachung des Generalgouverneurs zu veröffentlichen hatte:

„Von der Absicht geleitet, in den durch den Krieg schwer geschädigten polnischen Landesteilen jegliche Bestrebung gemeinnütziger Wohltätigkeit zu unterstützen, hat die vor meinem Amtsantritt verantwortliche deutsche Behörde ebenso wie ich dem Zentral-Landes-Komitee (bzw. dem Warschauer Gouvernements-Komitee) neben den entsprechenden deutschen und österreichischen Veranlassungen die Erlaubnis zur Ausübung der Wohltätigkeit erteilt und Förderung angedeihen lassen. An diese Erlaubnis war die ausdrückliche Bedingung geknüpft, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten. Statt dessen hat dieses Komitee Richter im Lande eingesetzt, Abgaben zu erheben versucht, durch Verordnungen die Errichtung einer Landesmiliz außerhalb Warschaws eingeleitet und Erlaubnisheine zum Waffentragen ausgegeben, obwohl es wissen mußte, daß jeder, der sich auf Grund dieser völlig rechtsungültigen Bescheinigung mit Waffen versteht, die Todesstrafe verwirkt hat. Da somit die ihm gestellte Bedingung unbeachtet geblieben ist, löse ich hiermit das Zentral-Landes-Komitee einschließlich der Landes-Komitees der Gouvernements und der lokalen Unterkomitees auf und verbiete ihnen jede weitere Betätigung im Gebiete des deutschen Generalgouvernements. Die Organisation der Wohltätigkeit geht damit ausschließlich auf die deutsche Verwaltung über, der die rein sanitären Einrichtungen der nunmehr aufgelösten Komitees anzugliedern sind. Die bereits durch eins der Komitees ausgegebenen Bescheinigungen über das Recht des Waffentragens sind dem deutschen Befehlshaber, dem Gouvernment von Warschau oder dem Generalgouvernement

sofort zurückzugeben. Wer Waffen ohne ausdrückliche Erlaubnis der deutschen Behörde sich verschafft oder im Besitz behält, verfällt der Todesstrafe.“

Kein Wunder, daß angesichts der militärischen Entwicklung im Osten in dem leicht erregbaren Polentum der nie erstorbene Gedanke eines alle Polen umfassenden großen unabhängigen Polenreiches mächtig wieder erwacht. Aber besonnene Realpolitiker müßten sich doch sagen, daß für die beiden Kaiserermächte, welche in treuer Waffenbrüderschaft die russischen Heere weit nach Osten zurückgeworfen haben, das eigene Interesse für die Lösung des neu aufgeworfenen polnischen Problems allein entscheidend sein wird. Dieser Gesichtspunkt wird ihnen denn auch von wohlmeinender Seite immer wieder zum Bewußtsein gebracht.

Mit besonderm Ernste und in voller Rücksichtslosigkeit geschieht dies in einer Zuschrift Gustav v. Schmollers an die seit einiger Zeit in Berlin erscheinenden „Polnischen Blätter“, Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben, in welchen man die Stimmungen und Strömungen in der polnischen Welt gegenwärtig wohl am besten studieren kann. Schmoller war von der Zeitschrift zu einer Äußerung über „Deutsche und Polen“ aufgefordert worden und schreibt nun (in Heft 3 vom 20. Oktober) unter anderm: „Es scheinen mir hauptsächlich zwei Voraussetzungen für eine dauernde Verständigung zwischen Deutschen und Polen gegeben, bei deren Erfüllung alle zukünftigen Reibungen immer nur eine untergeordnete Bedeutung erlangen können. Die eine Voraussetzung besteht darin, daß die Polen in ihrem ganzen Verhalten in Wort und Tat den Deutschen die Überzeugung beibringen, daß in aller Zukunft ihre kulturelle und politische Front nach Osten gewandt sein wird, daß die Deutschen niemals zu befürchten haben, die Polen könnten jemals mit den östlichen Nachbarn zusammen Stellung gegen Deutschland nehmen. Diese Voraussetzung für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen ist die wichtigste und größte. Die zweite ist daneben sachlich von geringerer Bedeutung, trotzdem aber vielleicht schwerer für einen Teil der Polen zu erfüllen, weil hier schon andere Ideen sich eingewurzelt, in Überlieferungen und Organisationen sich festgesetzt haben: Deutschland muß eine Gewähr dafür haben, daß die Schwierigkeiten aufhören, die es in seinen bisherigen Grenzen seitens der dort ansässigen Polen gefunden hat. Die bisherige preussisch-deutsche Grenze gegenüber russisch-Polen bedeutet ja das Mindestmaß an Gebiet, das aus Gründen der politischen Geographie Deutschland für sich in Anspruch nehmen muß, um sich in seinem Da-

sein nach Osten zu behaupten, wenn es dabei auf seine deutschen Kernlande in Schlesien und Ost- und Westpreußen nicht verzichten wollte."

Erstzulicherweise zeigen auch führende polnische Politiker für solche Erwägungen Verständnis. So schreibt in Heft 1 der „Polnischen Blätter“ Konstantin v. Srokowski: „Es ist ganz klar, daß Deutschland, ehe es seine Einwilligung zur Begründung eines Staates auf dem von ihm eroberten Gebiete gibt, die Sicherheit erlangt haben muß, daß dieser Staat beständig in Einklang mit den politischen, positiven und negativen Interessen Deutschlands verbleiben und sich nie gegen dasselbe wenden wird. Selbstverständlich dürfen solche Garantien nicht nur auf einem schriftlichen oder mündlichen Abkommen beruhen.“ v. Srokowski findet die Hauptgarantie in der territorialen Gestaltung des neuen polnischen Staates. „Ein kleines und schwaches Polen könnte eventuell russophil sein. Ein in territorialer Hinsicht großes Polen müßte unbedingt ein antirussisches Gepräge tragen.“

Naturgemäß haben die leitenden Staatsmänner Österreich-Ungarns und Deutschlands über ihre Stellung zu den polnischen Wünschen und Bestrebungen mit großer Vorsicht und Zurückhaltung sich bisher geäußert. Noch sind die letzten militärischen Entscheidungen nicht gefallen, noch ist es nicht Zeit, das neue Europa auch nur theoretisch zu konstruieren. Der österreichisch-ungarische Minister des Außern, Baron Burián, erklärte auf ein ihm vom „Obersten Polnischen Nationalkomitee“ überreichtes Memorandum nach Besprechung einzelner Punkte dieses Aktenstückes: „Die Polen Österreichs haben der Regierung Seiner K. und K. Apostolischen Majestät stets loyales Vertrauen entgegengebracht und hatten es nicht zu bereuen. Sie mögen auch in diesem historischen Momente ihrem Schicksal mit Zuversicht entgegensehen. Die Entwicklungsmöglichkeiten, die ihnen bis jetzt geboten sind, werden nach einem glücklichen Kriege gewiß vervielfältigt werden. Die großen Opfer, die in diesem Kriege an Gut und Blut für das Vaterland gebracht worden sind, werden bestimmt ihre Früchte tragen.“ Baron Burián tat diese Äußerung zu einem Zeitpunkt, wo die Eroberung von ganz russisch-Polen militärisch noch nicht völlig gesichert erscheinen mochte.

Am 19. August dieses Jahres sprach der deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im Reichstage die vielbemerkten Sätze: „Geographische und politische Schicksale haben seit langen Jahrhunderten Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der leidenschaftlichen Vaterlandsliebe

und Fähigkeit, mit der das polnische Volk seine alte westliche Kultur, seine Freiheitsliebe gegen das Russentum verteidigt und auch durch das Unglück dieses Krieges bewährt hat. Die gleichnerischen Versprechungen unsere Feinde ahme ich nicht nach, aber ich hoffe, daß die heutige Befestigung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann.“ Als allgemein politische Grundlage diente diesen Worten der Satz: „Wir sind es nicht, die die kleinen Staaten bedrohen. Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der großen und der kleinen Nationen. Ich sage das nicht nur in bezug auf die Völker germanischer Rasse.“

Ein Mehreres durfte von dem verantwortlichen deutschen Staatsmanne niemand erwarten. Das ist auch von polnischer Seite anerkannt worden. So sagt Herr v. J a c k o w s k i in seinem schon angeführten Aufsatz: Was die polnischen Länder unter russischer Herrschaft betreffe, so könne diese Angelegenheit erst nach dem Kriege geregelt werden; sicherlich würden aber Deutschland und Osterreich eine edle, die polnische Nation und ihre historische Eigenart würdigende Lösung der polnischen Frage bringen. Über die Einzelheiten werde wohl niemand vor dem Ende des Kriegs zu diskutieren beabsichtigen. Das Organ des Obersten Polnischen Nationalkomitees, „P o l e n“, bemerkt u. a.: „Die Rede des deutschen Reichskanzlers hat in der polnischen Gesellschaft tiefen, und wie wir gleich hinzufügen wollen, günstigen Eindruck gemacht. Wir geben uns völlig Rechenschaft darüber, daß der Reichskanzler nichts Entscheidendes über die Politik Polens sagen konnte. Ihre Bedeutung wurzelt in der Feststellung des Reichskanzlers, daß die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aufhören müssen, und daß dies auf dem Boden der Anerkennung der Rechte der Polen auf Freiheit und nationale Entwicklung geschehen wird. In Heft 1 der „Polnischen Blätter“ sagt die Redaktion dieser Zeitschrift: Die Polen brächten aus einer harten Lebensschule politischen Realismus mit, „der ihnen gebietet, die deutschen und preussischen Staatsgrenzen unbedingt zu respektieren, dagegen die Wiederaufrichtung des uralten polnischen Staatswesens auf ihrem größten historischen Territorium an der Seite der Zentralmächte zu erwünschen“.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, was Professor H a n s D e l b r ü c k, der in dem Konflikt des Staates Preußen mit

seiner polnischen Bevölkerung wiederholt auf die Seite der Polen getreten ist, in den „Preussischen Jahrbüchern“ anlässlich der Rede des Reichskanzlers ausführt. Er begrüßt dieselbe und sieht darin eine Bestätigung dessen, was er selbst vertreten hat. „Das ist ja“, so schreibt er, „mein Programm, das seit Jahrzehnten in diesen Jahrbüchern immer von neuem als die von der Natur gegebene Aufgabe Deutschlands verkündet und verteidigt worden ist. Nicht nur einzeln, sondern auch in diesem Zusammenhang sind jene Sätze an dieser Stelle aufgestellt und in wiederholten Darlegungen durchgeführt worden: die Welt sei in Gefahr, zwischen Engländern und Russen aufgeteilt zu werden; das würde eine Verarmung der Menschheitskultur bedeuten, die auf der Vielheit der Nationen beruhe; keine andere Macht sei imstande, der fortschreitenden Ausbreitung des Angelfachentums und des Moskowitertums sich entgegenzustellen, als Deutschland, und Deutschland bewahre damit nicht nur sich selbst vor dem Herabsinken zum Kleinvolk, sondern schütze zugleich alle andern Nationalitäten vor der Herabdrückung zu bloßen Enklaven innerhalb und zwischen den beiden Weltvölkern. . . . Man hat so viel gesprochen von den Fehlern, die die deutsche Diplomatie begangen. Mag sein, daß sie diese Fehler begangen hat, aber für den schwersten aller Fehler, unsere falsche Nationalitätenpolitik, ist nicht die Diplomatie, sondern die öffentliche Meinung verantwortlich, die diese falsche Politik getragen und gefordert hat. Wenn heute in diesem Weltkrieg die neutralen Völker ganz überwiegend gegen uns Partei nehmen, so wirken gewiß dabei mancherlei Gründe zusammen, Fehler unseres Nationalcharakters ebenso wie manche Tugenden; wirtschaftliche und politische Gründe, Wahres und Falsches, durch systematische Verleumdungen unserer Gegner genährt. Ein nicht geringes Moment dabei ist aber auch unsere Dänen- und Polenpolitik, die immer und immer wieder in der ausländischen Presse gegen uns ausgespielt und zur Stimmungsmache gegen uns benutzt wurde und wird.“

Delbrück erörtert dann eine ganze Reihe von „Lösungen“ der polnischen Frage, die er alle mit größerer oder geringerer Entschiedenheit verwirft. Am besten gefällt ihm wohl noch der Gedanke einer Personalunion mit Sachsen, oder die Lösung, „daß Polen zwar an Österreich kommt, dafür aber die Ostseeprovinzen mit dem Gouvernement Rowno und Suwalki an Preußen“. Ich verfolge mich, Delbrück auf diesen Wegen zu folgen, zumal er selbst am Schluß seines Artikels erklärt: „Es ist zu früh, hierüber eine wirkliche Diskussion zu eröffnen.“

Was Delbrück über die Nationalitätenpolitik Preußens gegenüber den Polen sagt, kann ich im Grundgedanken nur unterschreiben. In der „Kölnischen Volkszeitung“ habe ich ja manches Jahr diese Politik als in mehrfacher Beziehung ungerecht und verfehlt bekämpft, was der genannten Zeitung im gegnerischen Lager die nichts weniger als freundlich gemeinte Bezeichnung *Gazetta Bachemska* eingetragen hat. Jetzt spricht auch der deutsche Reichskanzler davon, daß wenigstens das vom russischen Joch befreite polnische Land „die Eigenart seines nationalen Lebens“ solle „pflegen und entwickeln“ können.

Die Pflege ihrer nationalen Eigenart muß auch den preussischen Polen gewährt werden, allerdings, unbeschadet ihrer Stellung im Staatsganzen. National voll ausleben können sich die Polen nach Lage der Dinge in Preußen nicht. Obwohl im ganzen etwa vier Millionen zählend, bewohnen die Polen kein geschlossenes Gebiet; sie sind verteilt auf vier Provinzen: Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlessien. In allen diesen Provinzen aber wohnen sie gemischt mit Deutschen. Selbst im Regierungsbezirk Posen, dem eigentlichen Sitz des Polentums in politischer Beziehung, ist etwa ein Drittel der Einwohnerschaft deutsch. Der Kreis mit dem stärksten Prozentsatz polnischer Bevölkerung (Abeltau) hat immer noch 10 Prozent Deutsche. Ganz anders und für die Polen in nationaler Hinsicht ungleich günstiger liegen die Verhältnisse in Rußisch-Polen. Praktisch gilt es da das polnische Problem zu lösen. Einstweilen wird es Sache der polnischen Führer sein, die große Zeit richtig und klug zu nutzen und sich von unfruchtbarer und gefährlicher Projektmacherei fernzuhalten. Vor allem müssen die Polen sich von dem Gedanken durchdringen, daß sie heute eine Besserung ihrer Lage und die Erfüllung berechtigter Hoffnungen nur von den verbündeten **Zentralmächten** zu erwarten haben. Wer es ihnen anders sagt, der täuscht sie.

Ein großes gemeinsames Interesse weist die Polen und die Zentralmächte auf eine Regelung hin, welche Dauer und Sicherheit verspricht: Es gilt, wie auch Graf Szoldrski am Schluß seines obenerwähnten Aufsatzes betont, „einen starken polnischen Wall, einen wirksamen Schutz für die westeuropäischen Kulturerrungenschaften“ gegen den Ansturm des Ostens zu bilden. Aus diesem alles überragenden Gesichtspunkt heraus muß nach dem Kriege eine Lösung der polnischen Frage gesucht und gefunden werden. Leicht wird aber auch das nicht sein. Vor allem müssen diejenigen Polenkreise, welche sich leicht von ihrem Temperament hinreißen lassen, eine Zukunftspolitik zu treiben, für welche es an der realen

Grundlage fehlt, die Mahnung des Grafen Szoldrski an seine Landsleute berücksichtigen, daß „in der Politik nicht Sentimente das entscheidende Wort haben“.

Am 15. November dieses Jahres hat sich in Warschau ein Ereignis von großer Bedeutung vollzogen, die Wiedereröffnung der beiden Hauptbildungsstätten: der Universität und der Technischen Hochschule. Der Festakt fand unter Teilnahme hervorragender Persönlichkeiten aus allen polnischen Kreisen in Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs v. Beseler, des neuen Erzbischofs v. Rakowski und des Kurators der neuen Universität Grafen Hutten-Czajski und des Stadtpräsidenten Fürsten Lubomierski statt. Auch drei Professoren, welche dem Lehrkörper der Universität bereits 1863 angehört hatten, waren unter den Ehrengästen.

Die Wiedererrichtung der beiden Hochschulen gibt dem Polentum zwei hochwichtige Bildungsanstalten zurück, welche von den Russen nach dem letzten großen polnischen Aufstande völlig ruffiziert worden waren. Jetzt ist das Polnische wieder die Sprache der Universität und der Technischen Hochschule. Während unter der russischen Herrschaft den beiden Anstalten alle Selbständigkeit genommen war, sind ihnen durch die deutsche Verwaltung Satzungen verliehen worden, wie die westeuropäischen Universitäten sie besitzen, mit einem akademischen Senat an der Spitze, mit autonomer Organisation der Fakultäten.

Es ist ein in der Kulturgeschichte wohl einzig dastehendes Ereignis, daß eine solche Neuschöpfung entstehen konnte wenige Monate nachdem Warschau den Russen mit Waffengewalt entrissen war und während noch die Kanonen an den Fronten donnern. Das sind die deutschen „Barbaren“! Wo hat ein anderes Volk eine ähnliche Kulturthat unter ähnlichen Verhältnissen aufzuweisen?

Der deutschen Verwaltung in Russisch-Polen gebührt dafür der uneingeschränkte Dank des gesamten Polentums, dem mit der Wiedererrichtung der beiden Hochschulen geistige Mittelpunkte von größter Bedeutung geschaffen worden sind. Dieser Dank ist dann auch bei dem Festakte selbst in würdiger Weise abgestattet worden. Der neue Rektor der Universität, Professor v. Brudzinski, wandte sich an den Generalgouverneur in deutscher Sprache mit den Worten: „Die Warschauer Universität ist sich der Thatfache bewußt, daß sie ihre Wiedereröffnung Ew. Excellenz verdankt. Als Sohn eines großen Rechtslehrers haben Ew. Excellenz erkannt, daß das Lernen allein der Jugend die richtigen Wege für das Leben weist. Diese

neue Pflanzstätte der Wissenschaft, in welchen viele Generationen zu tüchtigen Männern und brauchbaren Bürgern erzogen werden mögen, bringt Ew. Erzellenz den Ausdruck bleibenden Dankes dar.“ Und der neue Rektor der Technischen Hochschule, Ingenieur Straszewicz, stellte auch seinerseits fest, daß der geschichtliche Augenblick der Eröffnung der Hochschule vor allem den Bemühungen des Herrn Generalgouverneurs zu verdanken sei und fügte in deutscher Sprache hinzu: „Ew. Erzellenz finden die schönste Genugthuung für eine gute und große That in der Freude der Mitmenschen, und ich hoffe, daß die tiefe Nahrung, welche Sie in allen Gesichtern wahrnehmen, für Ew. Erzellenz den besten Dank bedeuten wird.“ Die polnische Jugend bekräftigte diese Dankesworte mit lebhafter Zustimmung.

Der Erzbischof von Warschau zelebrierte selbst das feierliche Heilig-Geist-Mitt in der Kathedrale, an welchem das gesamte Domkapitel teilnahm. Die Festpredigt des hervorragenden Kanzelredners Dr. Schlagowski machte sichtlich einen tiefen Eindruck. Von deutschen Polen nahmen insbesondere der frühere Reichstagsabgeordnete Napieralski teil, der Führer des maßvollen Polentums in Preußen, der durch seine eingangs dieser Schrift erwähnte programmatistische Kundgebung soviel dazu beigetragen hat, daß die Bemühungen, eine Verständigung zwischen Polen und Deutschen herbeizuführen, wieder einen breiteren Boden fanden. Für den frühern Abgeordneten Napieralski war es eine Genugthuung, daß sich bei dem Empfang der Pressevertretung im Schloß der Generalgouverneur an ihn mit den Worten wandte: „Ihr Name ist mir bekannt. Ich kenne auch Ihre Zeitungen und hoffe, daß Ihre Bemühungen zum Wohle dieses Landes Erfolg haben werden.“

Die nationale und kulturelle Bedeutung der Wiedereröffnung der beiden Warschauer Hochschulen für das Polentum drängt sich auf. Den ihrer Nationalität treuen Polen war in Rußland der Zugang zur Verwaltung, zur Rechtsprechung, zum Offizierkorps, zur Diplomatie, kurzum die Gelegenheit zu kulturellem Schaffen im Interesse der polnischen Nation völlig verschlossen, und das in einem Lande, dessen Bewohner zu 80 Prozent polnischer Nationalität sind. Die eiserne Hand Rußlands lag erstarrend auf dem Geistesleben der Polen. Jetzt sind sie mit dem westeuropäischen Kulturleben wieder in Verbindung gebracht, und diese Verbindung wird hoffentlich nie mehr unterbrochen werden.

Die Wiedereröffnung der Universität und der Technischen Hochschule in Warschau hat ja auch eine politische Bedeutung. Sie kann nur besagen, daß russisch-Polen nie mehr unter die russische

Herrschaft zurückkehren soll und darf. Man ruft keine großen Organisationen während eines Krieges ins Leben, um sie nach dem Kriege wieder der Vernichtung preiszugeben. Und das würde der Fall sein, wenn Warschau und das Land, dessen Hauptstadt Warschau ist, wieder unter die russische Krute käme, die dann erbarmungslos auf eine geknechtete und verwahrloste Bevölkerung niederzufallen würde als zuvor. Nur der starke Arm der verbündeten europäischen Zentralmächte kann es verhindern. Davon müssen die Polen sich durchdringen und danach müssen sie sich einrichten, während des Krieges und nach dem Kriege, der ihnen so schwere Leiden und Bedrängnisse gebracht, aber auch so große Hoffnungen neu eröffnet hat. Wenn dieselben sich verwirklichen sollen, so wird dafür nicht nur der gute Wille des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns erforderlich sein, sondern auch ein großes Maß von Mäßigung und Klugheit auf polnischer Seite, wo man sich das Erreichbare stets vor Augen halten und nicht Zielen nachjagen darf, die leicht erregbare Gemüter fortreißen, aber keine solide Grundlage für eine haltbare Neuordnung der Dinge abgeben können. Auf den Führern des polnischen Volkes lastet in diesem weltgeschichtlichen Augenblick eine schwere Verantwortlichkeit. Mögen sie sich derselben bewusst sein und gewachsen zeigen!

Fürs Geld ! Kriegs-Ausgabe
der Kölnischen Volkszeitung.

Ausgabe täglich mit dem ganzen wichtigen Inhalt der 3 Tages-Ausgaben.
 Monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 lediglich für Heeres-Angehörige.
 Bestellungen unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages ausschließlich an
 die Feldpostabteilung der Kölnischen Volkszeitung, Köln a. Rh.

Einzel-Verkauf an hunderten von Stellen im Etappengebiet!